

Zürich, 28. November 2014

**Medienmitteilung der *wohnbauenossenschaften zürich*  
Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Bezahlbar wohnen im Kanton Zürich“  
der Kommission Planung und Bau des Zürcher Kantonsrates**

Der Verband *wohnbauenossenschaften zürich* ist erstaunt darüber, dass in der Kommission Planung und Bau die Sorgen und Nöte der Bevölkerung, wie sie zu bezahlbarem Wohnraum kommen kann, nicht ernster genommen werden. Die überraschend deutliche Annahme der PBG-Revision zur Schaffung von Zonen für preisgünstiges Wohnen, ist eigentlich ein klares Zeichen dafür, dass Handlungsbedarf besteht.

Immerhin ist die vorgesehene Möglichkeit, kommunale Fonds schaffen zu können, wie das schon für einige Gemeinden schon ein Bedürfnis war und ist, ein Lichtblick am Horizont. Sie erlaubt den Gemeinden, Lösungen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus umzusetzen.

Die Initianten haben den vorliegenden Vorschlag noch nicht diskutieren können. Sie werden ihn aber sorgfältig studieren und beraten, ob sie sich vorläufig mit dem kantonsrätlichen Gegen-vorschlag als einem ersten Zwischenschritt auf dem Weg zur Umsetzung des Verfassungsauftrages "Staat und Gemeinden fördern den gemeinnützigen Wohnungsbau" (KV Art. 110) zufrieden geben wollen.

Seitens der *wohnbauenossenschaften zürich* gibt Peter Schmid, Präsident des Verbandes, weitere Auskünfte unter 079 508 72 59.

Mit freundlichen Grüssen

Stefan Weber-Aich  
Fachbereich Medien&Kommunikation